Nr. 74 September/Oktober 2010

WeltTrends

Zeitschrift für internationale Politik

Vergessene Konflikte

Krieg in Somalia

Sri Lankas „Siegfrieden“

Tschad: Krieg ohne Ende

Kaschmirs Kämpfe

Gewalt in Tschetschenien

Streitplatz

Deutsche Interessen

Analyse

Mexikos Erdölgewerkschaft

WeltBlick

Hotspot Arktis?

Polens Geopolitik

NPT auf dem Prüfstand

Bücher & Tagungen

www.welttrends.de

Inhalt

1 **Editorial**

4 **WeltBlick**

5 Patient Atomwaffensperrvertrag
Wolfgang Kötter

10 Hotspot Arktis?
Yury Morozov

16 Polens Außen- und Geopolitik
Norbert Marek und Pierre-Frédéric Weber

22 **Thema: Vergessene Konflikte**

25 Jenseits der Wahrnehmung
Hans Joachim Gießmann

31 Kaschmirkonflikt
Christian Wagner

41 Tschad – Krieg ohne Ende?
Matthias Basedau

51 Vergessenes Tschetschenien
Uwe Halbach

63 Krieg in Somalia
Volker Matthies

74 „Siegfrieden“ in Sri Lanka
Norbert Ropers

83 Forschen für den Frieden
Interview mit Michael Brzoska

Porträt: François-Poncet – Frankreichs Diplomat
Siegfried Schwarz **88**

Analyse: Erdölgewerkschaft in Mexiko
Philipp Gabriel **91**

Streitplatz: Deutsche Außenpolitik
Repliken auf die Young Tönissteiner **100**

Alte These – neuer Aufguss
Alexander Brand **101**

Außenpolitisches Selbstverständnis
Benjamin Zyla **105**

Bücher und Tagungen **110**

Die multiplen Krisen der EU **111**
Literaturbericht von Thorsten Hasche

Wiedergelesen: Ronald Inglehart
The Silent Revolution **117**

Rezensionen **119**
Annotationen **127**
Neuerscheinungen **129**
Konferenzen **131**

Briefe an die Redaktion **138**
Impressum **141**

Afrika im 21. Jahrhundert – Eine Erfolgsgeschichte?
Kommentar von The Rt. Hon. Paul Martin **142**

Wort und Strich **144**

Jenseits unserer Wahrnehmung

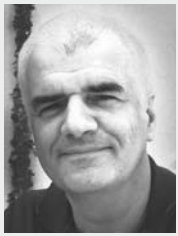
Die vergessenen Konflikte

Hans Joachim Gießmann

Gewalt, Medien, Kriege

Gegenwärtig toben an die 40 Kriege und bewaffnete Konflikte in der Welt. Die meisten dieser Krisenherde spielen in den Medien eine untergeordnete Rolle und sind der öffentlichen Wahrnehmung entrückt: Sie werden vergessen. Der Autor diskutiert die Gründe für diese Entrückung: klar und kritisch, pointiert und provozierend.

Wie in jedem Jahr spielten auch 2008 „in der Öffentlichkeit nur die wenigsten Kriege eine prominente Rolle". Mit dieser Feststellung beginnt der jüngste Bericht der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg über das weltweite Kriegsgeschehen.[1] Tatsächlich wird das öffentliche Bewusstsein nur durch sehr wenige Kriege[2] bestimmt. Der Krieg in Afghanistan steht gegenwärtig an oberster Stelle, die Gewaltakte in Teilen Sudans spielen noch eine erkennbare Rolle, nicht zuletzt in Anbetracht des Referendums über eine Abspaltung des Südens und der politischen Ungewissheit, die sich mit dessen Ausgang in einem der rohstoffreichsten Länder Afrikas verbindet. Gelegentlich wird auch von Kampfhandlungen in der Demokratischen Republik Kongo berichtet. Dort wurde Ende 2007 eine als erfolgreich bewertete internationale Friedensmission der EU beendet, ohne jedoch dauerhaften Frieden zu bringen. Der Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden im Irak schließlich schafft es gelegentlich in die Schlagzeilen, allerdings nur noch dann, wenn infolge von Terroranschlägen gleich Dutzende an zivilen Todesopfern oder zumindest einige gefallene ausländische Soldaten oder Experten zu beklagen sind. Die glimmenden Kriege im Kaukasus und in Südasien, in Teilen Afrikas, Ostasiens und Lateinamerikas kommen in der



Prof. Dr. Hans J. Gießmann, geb. 1955, Direktor von Berghof Conflict Research, Berlin.
giessmann@berghof-conflictresearch.org

1 Schreiber, Wolfgang (Hrsg.): Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung: Das Kriegsgeschehen 2008. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. VS-Verlag, Wiesbaden 2010.

2 Für den hier verfolgten Zweck erstreckt sich der Kriegsbegriff auf alle länger anhaltenden, von organisierten Parteien gegeneinander und systematisch geführten bewaffneten Auseinandersetzungen mit politischem Hintergrund, gleichviel ob zwischen oder innerhalb von Staaten.

Auslandsberichterstattung der Medien kaum mehr vor. Vom aktuellen politischen Radar der internationalen Gemeinschaft scheinen sie sogar gänzlich verschwunden.

Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Einige können durchaus als zynisch angesehen werden. Warum interessieren sich Regierungen für einige Kriege mehr als für andere? Bei der Beantwortung dieser Frage hilft ein Perspektivwechsel und der Versuch, die Interessen der Staaten zu verstehen, kriegerische Handlungen beeinflussen bzw. beenden zu wollen – oder eben auch, sie wegen übergeordneter Ziele zu ignorieren.

Vom Primat der Eigeninteressen

Prinzipiell gilt, dass Kriegshandlungen für Staaten zumeist erst von Belang werden, wenn deren Verlauf eigene strategische Interessen negativ – oder aber auch zum eigenen Vorteil – beeinflusst. Die USA unterstützten beispielsweise den Jahre später von ihnen selbst bekämpften irakischen Diktator Saddam Hussein in dessen Krieg gegen den Iran, weil Washington hoffte, dadurch das Regime von Ayatollah Khomeini in Teheran zu schwächen. Ein ähnliches Motiv lag den von der CIA organisierten Waffenlieferungen an die Mudschaheddin in Afghanistan in den frühen 1980er Jahren zugrunde. Diese oft als „Stellvertreterkriege" bezeichnete Einmischung in bewaffnete Konflikte zwischen dritten Parteien war insbesondere aufseiten der beiden großen Protagonisten des Kalten Krieges verbreitet. Sie hat seit dem Ende des Kalten Krieges an Popularität eingebüßt ohne verschwunden zu sein, wie die Waffenexporte einiger Staaten belegen.

Heute dominiert vor allem das Interesse, negative Effekte für die regionale und globale Stabilität sowie für die internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu vermeiden. Dieses Interesse kann sowohl Motive zur Einmischung als auch der Zurückhaltung hervorbringen. Die von den UN mandatierten Friedensmissionen in Irak, Sudan und Kongo oder auch das Bemühen der OSZE um Stabilität in Berg-Karabach richteten sich gegen den weiteren Verfall staatlichen Regierens und auf die Errichtung eines stabilen Gewaltmonopols. Hier handelt es sich um rohstoffreiche oder wichtige Transitstaaten, an deren „Funktionieren" viele andere Staaten eigene Interessen haben. In anderen Fällen jedoch – z. B. in den Gebieten des Nordkaukasus, in Kaschmir oder Tibet – hält sich die internationale

Gemeinschaft auffällig zurück, vor allem, weil das Interesse an stabilen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den mächtigen Patronen einer der involvierten Konfliktparteien höher wiegt als eine aktive Parteinahme.

Schwacher Interventionismus

Darüber hinaus gibt es für Staaten weitere Gründe, bewaffnete Konflikte zu ignorieren, selbst wenn eigentlich ein Interesse an deren Beendigung bestehen müsste. Die Diffusion von Gewaltakteuren und Gewaltaustrag in konfliktzerrissenen Staaten mit unklaren Machtverhältnissen ist ein Grund. Afghanistan hat auch die letzten Optimisten eines Besseren belehrt, die daran glaubten, die bewaffneten Konflikte der Gegenwart seien durch Intervention vonseiten militärtechnisch überlegener Drittstaaten oder ihrer Koalitionen in dauerhaften Frieden zu verwandeln. Die Asymmetrie der militärischen Potenziale sagt heute nur noch wenig über die Erfolgsaussichten militärischer Operationen aus. Dies mussten lange vor den Koalitionen der Willigen im Irak und Afghanistan bereits die USA in Vietnam und die Sowjetunion in Afghanistan erfahren. Die Erkenntnis hoher militärischer Eigenrisiken wirkt sich zunehmend auf die Bereitschaft zur Beteiligung an Interventionen aus, insbesondere wenn durch die bewaffneten Konflikte keine Eigeninteressen tangiert scheinen oder das Risiko einer Intervention höher bewertet wird, als den Konflikt sich selbst zu überlassen. Die Massaker in Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo mit ihren Hunderttausenden von zivilen Todesopfern waren nur möglich, weil über die Tatsachen vor Ort über Jahre hinweggesehen wurde. Wenn politische Konzepte fehlen, sind bewaffnete Interventionen jedoch erst recht problematisch.

In den vergangenen Jahren gerieten vor allem Konflikte ins Blickfeld, bei denen viele Staaten aus unterschiedlichen Kulturkreisen ein starkes Interesse an der Eindämmung von Kriegshandlungen besaßen. Der westliche Balkan war hierfür ein europäisches, Afghanistan ein globales Beispiel – mit inzwischen 46 an der ISAF-Friedensmission beteiligten Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Wo dieses übergreifende Interesse fehlt, setzen sich Gewalthandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit fort und es bleibt allein Nichtregierungsorganisationen überlassen, nach Auswegen aus den Kriegen zu suchen.

Das Bündnisproblem

Ein weiterer Aspekt ist die „Bündnisloyalität". Hierbei ist zwischen aktiver Partnerschaft und faktisch erzwungener Bündniskooperation zu unterscheiden. In der NATO etwa ist jedem Staat überlassen, frei zu entscheiden, in welcher Form er sich an bündnisgemeinsamen militärischen Operationen beteiligt. Dies kann die Entsendung von Streitkräften, aber auch nur verbale Unterstützung bedeuten. In der Integration des Bündnisses können bestimmte Operationen heute nur noch gemeinsam durchgeführt werden, weil die vorgehaltenen Fähigkeiten arbeitsteilig organisiert sind. Die Probleme, die dadurch entstehen können, zeigten sich in der Diskussion um die deutschen Anteile in den AWACS-Flugzeugbesatzungen zur Überwachung des türkischen Luftraums während der Irakinvasion der US-geführten Koalition und auch bei der Entscheidung über die Entsendung von ECR-Tornados zur Luftraumüberwachung in Afghanistan.

Bündnisräson kann zwar durch politischen Druck eingefordert, aber durch öffentlichen Druck auch unterwandert werden. Gerade in Demokratien spielt die öffentliche Wahrnehmung und die Stimmung in der Bevölkerung eine wichtige Rolle, wenn es für die Regierungen darum geht, Position zu beziehen. Nimmt der öffentliche Druck zu, sehen sich Regierungen stärker zum Handeln veranlasst. Andererseits müssen Regierungen aber auch ihre Entscheidungen in der Öffentlichkeit immer wieder neu verteidigen, insbesondere wenn in bewaffneten Missionen Leib und Leben entsandter Soldaten gefährdet werden. Ein Indiz für die Sensibilität politischer Gradmessung ist der schwindende Rückhalt in der deutschen Bevölkerung für die Beteiligung der Bundeswehr an der Mission *Operation Enduring Freedom*, die mit NATO-Mandat zur Terrorbekämpfung nach den Anschlägen vom September 2001 begonnen wurde und bis heute geführt wird.

Mangel an Öffentlichkeit

Der Diskurs in demokratischen Gesellschaften ist ein Katalysator für die Beständigkeit von Regierungshandeln. Dies kann zur bewussten Abkehr von bewaffneten Konflikten führen, etwa wenn das öffentliche Interesse nachlässt oder auch, wenn eine

Beendigung der Gewalthandlungen vor Ort für lange Zeit nicht in Sicht scheint, wie dies bei der EU-geführten Friedensmission in Kongo der Fall war. In anderen Fällen genügt mitunter schon ein eingefrorener Zustand des Nicht-Krieges und mangelndes Vertrauen in die zügige Erreichbarkeit eines stabilen Friedens, um die Aufmerksamkeit auf die Lage im betroffenen Land aus der öffentlich dargestellten Politik zu verbannen. Kosova und Bosnien sind hierfür Beispiele. Die ernüchternde Einschätzung der im Einsatz befindlichen Soldaten über die friedenspolitische Situation in den beiden Ländern korrespondiert nicht mit dem seit einigen Jahren zu beobachtenden Prozess einer sich allmählich herausschleichenden friedenserhaltenden Präsenz. Eine öffentliche Debatte hierzu wird erkennbar vermieden.

Je geringer die eigenen wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen tangiert scheinen und je schwächer der öffentliche politische Druck ausgeprägt ist, je höher die Eigenrisiken einer Intervention beurteilt werden und je stärker das Interesse zur Partnerschaft mit einer der Kriegsparteien oder der sie unterstützenden Staaten ist, desto mehr drohen Gewaltkonflikte in „Vergessenheit“ zu geraten. Hinzu kommt: In der Öffentlichkeit haben bewaffnete Konflikte ein zunehmend volatiles Interesse. Dimension und Neuwert der in den Medien behandelten Gewaltakte prägen die Stimmung. Die mediale Berichterstattung über den Krieg im Irak und in jüngster Zeit auch über Afghanistan gleicht einer abflachenden Kurve mit zunehmend geringer werdenden Ausschlägen. Mit andauernden gleichförmigen Kampfhandlungen nimmt das mediale Interesse an regelmäßiger Berichterstattung ab. Berichte gibt es nur noch, wenn Opferzahlen gegenüber vorigen eine größere Dimension besitzen. So unterschieden sich auch die zunächst ausführlichen Berichte über die ersten gefallenen Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan deutlich von jenen über nachfolgende Todesfälle.

Kriege und bewaffnete Konflikte geraten auch aus dem Blickfeld, wenn sie beendet scheinen – selbst wenn von Frieden nicht die Rede sein kann. Die in diesem Heft behandelten Konflikte stehen auf unterschiedliche Weise für das Bild der „vergessenen“ Kriege. Gemeinsam ist ihnen, dass sie jederzeit eskalieren können, weil ihre Ursachen fortbestehen, und dass die internationale Gemeinschaft in ihrer Schutzverantwortung politisch und moralisch gefordert ist, sich dem Schicksal der Not leidenden Menschen zu widmen.

WeltTrends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

74 Vergessene Konflikte
73 Klimapolitik nach Kopenhagen
72 Südafrika hebt ab!
71 Selektive Grenzen
70 Brodelnder Iran
69 Europäische Brüche 39 – 89 – 09
68 NATO in der Sinnkrise
67 Außenpolitik in Schwarz-Rot
66 Energiesicherheit Deutschlands
65 Naher Osten – Ferner Frieden
64 Konfliktherd Kaukasus
63 Geopolitik Ost
62 Zerrissene Türkei
61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika
60 Russische Moderne
59 EU-Außenpolitik nach Lissabon
58 Regionalmacht Iran
57 Ressource Wasser
56 Militärmacht Deutschland?
55 G8 Alternativ
54 Identität Europa
53 Rotes China Global
52 Deutsche Ostpolitik
51 Geheime Dienste
50 Kerniges Europa
49 Militär in Lateinamerika
48 Internet Macht Politik
47 Europäische Arbeitspolitik
46 Globale Finanzmärkte
45 Von Dynastien und Demokratien
44 Modernisierung und Islam
43 Großmächtiges Deutschland
42 Europäische Außenpolitik
41 Transatlantische Perspektiven II
40 Transatlantische Perspektiven
39 Wohlfahrt und Demokratie
38 Politisierung von Ethnizität
37 Vergelten, vergeben oder vergessen?
36 Gender und IB
35 Krieg im 21. Jahrhundert
34 EU-Osterweiterung im Endspurt?
33 Entwicklungspolitik
32 Balkan – Pulverfaß oder ... ?
31 Recht in der Transformation
30 Fundamentalismus
29 Die autoritäre Herausforderung
28 Deutsche Eliten und Außenpolitik
27 10 Jahre Transformation in Polen
26 (Ab-)Rüstung 2000
25 Dezentralisierung und Entwicklung
24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich
23 Kooperation im Ostseeraum
22 Die Ostgrenze der EU
21 Neue deutsche Außenpolitik?
20 Demokratie in China?
19 Deutsche und Tschechen
18 Technokratie
17 Die Stadt als Raum und Akteur
16 Naher Osten – Region im Wandel?
15 Identitäten in Europa
14 Afrika – Jenseits des Staates
13 Deutschland und Polen
12 Globaler Kulturkampf?
11 Europa der Regionen
10 NATO-Osterweiterung
9 Gewalt und Politik
8 Reform der UNO
7 Integration im Pazifik
6 Zerfall von Imperien
5 Migration
4 Geopolitik
3 Realer Post-Sozialismus
2 Chaos Europa
1 Neue Weltordnung

www.welttrends.de

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de
... auf www.amazon.de – Suchwort „Welttrends“